



MMS Bulletin #149

“Health for All” by 2030 – On the Right Track or on the Verge of Failing

Die Zukunft der Basisgesundheitsversorgung

**Widersprüche zwischen globalen
Herausforderungen und politischen
Entscheidungen**

By Marina Carobbio Guscetti

Zurzeit hat über die Hälfte der Weltbevölkerung keinen umfassenden Zugang zu essenziellen Gesundheitsdienstleistungen, wie aus einem gemeinsamen Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltbank vom letzten Jahr hervorgeht. Zudem werden jedes Jahr zahlreiche Haushalte durch notwendige gesundheitsbezogene Ausgaben in Armut gedrängt. 800 Millionen Menschen investieren mindestens 10% des Haushaltsbudgets für Kosten im Krankheitsfall für sich selbst, für ein krankes Kind oder für ein anderes Familienmitglied. Die Höhe dieser Ausgaben reicht aus, um 100 Millionen in extreme Armut zu stürzen.



An Afghan man embraces his children outside a newly built community health clinic in Danishmand, Afghanistan. Providing basic healthcare in Afghanistan. Foto: DFID - UK Department for International Development/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Die Millenniumsziele (MDGs) trugen bedeutsam zur weltweiten Verbesserung der Gesundheit bei, wie z.B. im Kampf gegen Krankheiten wie AIDS, Tuberkulose und Malaria. So sanken die Todesfälle durch Malaria seit 2000 um 60%. Dennoch blieben die Resultate in vielen Bereichen, wie z.B. bei der Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit, hinter den Erwartungen zurück. Kriege, Umweltkatastrophen sowie der Ausbruch von Epidemien sind die Ursachen für den Zusammenbruch von schon zuvor prekären Gesundheitssystemen. Wir benötigen deshalb dringend starke und nachhaltige Gesundheitsstrukturen, die gleichzeitig in langfristige Strategien und Prioritäten der einzelnen Staaten und der internationalen Gemeinschaft eingebettet sind.

Wachsende Ungleichheiten im Gesundheitsbereich gefährden das Recht auf Gesundheit

Das Recht auf Gesundheit ist nicht nur in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gefährdet: Dieses Menschenrecht ist tatsächlich auch in der Schweiz nicht vollständig umgesetzt. Trotz der globalen Erkenntnis der Notwendigkeit von „Health for all“, mehren sich

die Widersprüche und Schwierigkeiten. Sozioökonomische Ungleichgewichte im Gesundheitsbereich wachsen sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern.



Präsentation von Marina Carobbio am MMS Symposium 2018 © Network Medicus Mundi Schweiz

In der Schweiz sind die steigenden Gesundheitskosten nur teilweise durch die obligatorische Grundversicherung und durch die öffentliche Hand gedeckt. Die Kosten, die direkt zu Lasten der Bevölkerung gehen, sowohl durch die Krankenkassenprämien wie auch durch die sogenannten „Out of pocket“ Kosten, steigen ständig. Das führt, trotz der guten Qualität des schweizerischen Gesundheitssystems zu einer Zweiklassenmedizin: Auf der einen Seite diejenigen, die sich alles leisten können, auf der anderen Seite die Menschen, die gezwungen sind, auf notwendige Leistungen zu verzichten, wie verschiedene Studien belegen. Trotz dieser wachsenden Ungleichheiten, wissen wir wie wichtig es ist, eine gut strukturierte Primärversorgung und ein für alle zugängliches Gesundheitssystem anzubieten. Gesundheitssysteme mit einer guten Basisversorgung schneiden bei den Gesundheitsindikatoren in der Regel besser ab und arbeiten kostengünstiger. Für die Schweiz bedeutet dies, sowohl mehr in Prävention wie auch in die Hausarztmedizin und in die Grundversorgung zu investieren.

Was bei uns gilt, muss aber auch für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen gelten. Nehmen wir z. B. die Medikamentenpreise: Weltweit haben mehr als 2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu essentiellen Medikamenten. Dieses Problem betrifft allerdings nicht nur

Entwicklungsländer, sondern auch reiche Länder wie die Schweiz, wo gewisse teure Medikamente, z. B für die Krebsbehandlung oder für seltene Krankheiten, nicht durch die Versicherung abgedeckt sind. Man muss den Zugang zu Medikamenten gewährleisten, die Medikamentenpreise senken und den Verkauf von günstigeren Generika, trotz Patentschutz, erlauben.

Es ist auch entscheidend, dass Gesundheitseinrichtungen lokal verankert sind. Angesichts der prekären Verhältnisse, in dem ein Teil der Weltbevölkerung lebt, sowie angesichts der demografischen Entwicklung und der Zunahme von chronischen Erkrankungen und Multimorbidität, wird die Stärkung der Primärversorgung zunehmend zu einem entscheidenden Faktor, um in Zukunft einen guten Gesundheitszustand der Bevölkerung gewährleisten zu können.

Stärkung der Basisgesundheitsversorgung - weltweit

Aufgrund des medizinischen Fortschrittes und dem damit verbundenen Anstieg der Gesundheitsausgaben ist eine Ausweitung von „Primary health care“ notwendig: Die primäre Gesundheitsversorgung muss hierzulande und in allen Ländern gestärkt werden. Konkret bedeutet dies, dass das Gesundheitssystem professionelle Versorgungsstrukturen sowohl für Akutkranke als auch für die Langzeitbetreuung von chronisch-kranken PatientInnen bereit stellen muss. Dies muss erreicht werden, ohne dass die Kosten an die Kranken und ihre Familien stetig weiter abgewälzt werden.



Maputo General Hospital Pediatric ward doctor providing treatment Mozambique. Photo: Eric Miller/ World Bank/flickr, CC BY-NC-ND 2.

Die renommierte medizinische Zeitschrift "Lancet" hat kürzlich die Alarmglocken geläutet wie folgendes Zitat aus einem Artikel belegt: «Primary Health Care ist in der Krise. Unterentwickelt in einigen Ländern, ungenügend finanziert in anderen. Überall besteht das Problem, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu den wichtigsten Gesundheitsdienstleistungen. Fast 80-90% der Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung im Laufe ihres Lebens könnten von der Basisgesundheitsversorgung abgedeckt werden: Von der Unterstützung während der Schwangerschaft bis zur Prävention von Krankheiten durch Impfungen oder der Prävention und Behandlung von chronischen Krankheiten bis hin zur Palliativversorgung. Wenn die Bevölkerung altert und die Multimorbidität zunimmt, wird die Rolle von Primary Care noch wichtiger. Im Jahr 1978 war die Deklaration von Alma-Ata revolutionär, weil sie uns bewusst machte, welche Schlüsselrolle, Primary Health Care auf dem Weg zur "Gesundheit für alle" einnimmt. Vierzig Jahre später müssen wir eingestehen, dass diese Vision nicht umgesetzt wurde. Statt die Gesundheitsversorgung ganzheitlich in den Blick zu nehmen, hat sich die Gesundheitspolitik auf einzelne Krankheiten fokussiert, mit unterschiedlichen Resultaten».

Gesundheit ist ein globales Anliegen und ein Schlüsselfaktor in der Entwicklung. Die UNO-Agenda 2030 und die darin enthaltenen 17 Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs) definieren nachhaltige Entwicklung als globale Herausforderung, die nicht isoliert angegangen werden kann.

Kommerzialisierung von Gesundheit ist der falsche Weg

In die Gesundheitsversorgung sollte man mehr investieren und nicht mehr sparen. Eine Priorität für die Schweiz, aber auch für die Entwicklungszusammenarbeit. Man kann nicht derartig wichtige Bereiche wie die Basisgesundheitsversorgung an die Privatwirtschaft delegieren. Man kann nicht die Gesundheit kommerzialisieren, wie es z. T. in unserem Gesundheitssystem in der Schweiz sowie auch in ärmeren Ländern immer häufiger der Fall ist.

Meine persönliche Erfahrung als Co-Präsidentin einer NGO, die in Zentralamerika Gesundheitsprojekte fördert, zeigt, dass nicht nur die Basisgesundheitsversorgung eine Priorität der gesamten Entwicklungszusammenarbeit darstellt, sondern auch, dass die Verankerung im öffentlichen Gesundheitswesen entscheidend ist. Nur auf diesem Weg können langfristige und nachhaltige Strukturen aufgebaut und ein Land stabilisiert werden.

Auch die Widersprüche der schweizerischen Politik müssen dringlich gelöst werden: Einerseits wird richtigerweise eine Entwicklungspolitik verfolgt, die auf die Gesundheitsbedürfnisse der Ärmsten ausgerichtet ist. Gleichzeitig wird aber in vielen wirtschaftspolitischen Fragen eine Politik umgesetzt, welche den Interessen der Ärmsten widerspricht. Innenpolitische Entscheidungen können nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen kohärent mit einer nachhaltigen Entwicklung gestaltet werden. Das ist das Ziel der Agenda 2030 und es sollte das oberste Ziel der schweizerischen Politik sein. In ein starkes, öffentliches und bezahlbares Gesundheitssystem zu investieren, heisst nicht nur, an das Bundesamt für Gesundheit zu delegieren oder für die Kooperation mit anderen Ländern allein die DEZA zu beauftragen.

Vielmehr sollte dies gemeinsam mit der Wirtschaft und der Aussenpolitik als Entwicklungsmotor eines Landes vorangetrieben werden. Konkret dürfen die wirtschaftlichen Interessen der Pharma- oder der Exportindustrie nicht das Recht auf Gesundheit aufs Spiel setzen.

Gesundheit ist ein globales Anliegen und ein Schlüsselfaktor für Entwicklung. Die UNO-Agenda 2030 und die darin enthaltenen 17 Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs) definieren nachhaltige Entwicklung als globale Herausforderung, die nicht isoliert angegangen werden kann. Dank der SDGs und einer kohärenten Politik können wir neue Impulse für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung umsetzen, um mehr Chancengleichheiten im Gesundheitsbereich zu erreichen und um den universellen Zugang zur personenzentrierten Pflege wie auch zur Primärprävention zu gewährleisten.



Marina Carobbio Guscetti ist Allgemeinmedizinerin, Mitglied der sozialdemokratischen Partei und seit 2007 Nationalrätin. Für die Amtszeit 2018-2019 fungiert sie als Nationalratspräsidentin. Ausserdem arbeitet sie im Ausschuss für soziale Sicherheit und Gesundheit und verfügt als Kopräsidentin der MMS Mitgliedorganisation "Associazione per l'aiuto medico al Centro America (AMCA) über umfassende Erfahrungen in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung. Email

Kontakt

Deutschschweiz

Medicus Mundi Schweiz
Murbacherstrasse 34
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 383 18 10
info@medicusmundi.ch

Suisse romande

Medicus Mundi Suisse
Rue de Varembe I
CH-1202 Genève
Tél. +41 22 920 08 08
contact@medicusmundi.ch

Bank details

Basler Kantonalbank, Aeschen, 4002 Basel
Medicus Mundi Schweiz, 4056 Basel
IBAN: CH40 0077 0016 0516 9903 5
BIC: BKBBCHBBXXX